

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/355**

**An den  
Bildungsausschuss des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

**Landesjugendhilfeausschuss des Landes Schleswig-Holstein**

Vorsitzender Jens Peter Jensen  
Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.  
Holtenauer Str. 99, 24105 Kiel  
Telefon 0431/8009840

**Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Kindertagesstätten  
Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/336**

Der Landesjugendhilfeausschuss hat sich im Rahmen der Arbeitsgruppe Kindertagesstätten und insbesondere in seinen letzten beiden Sitzungen im Mai und September intensiv mit der Weiterentwicklung der Kitas beschäftigt. Der Widerspruch zwischen den Forderungen der Mitglieder des LJHA an eine Weiterentwicklung der Kitas und der Landesregierung besteht vor allem darin, dass die Unterstellung im Gesetzesentwurf der Landesregierung die Intensivierung des Bildungsauftrags und seine stärkere Ausrichtung auf eine Vorbereitung auf die Grundschule würden kostenneutral machbar sein, nicht geteilt wird. Im Gegenteil, vor dem Hintergrund der Umsetzung des TAG wird von Mehrkosten ausgegangen, weil mehr Bildung und zusätzliche Kitaplätze für unter 3jährige die Ersparnisse durch rückläufige Kinderzahlen mehr als ausgleichen.

Leider fehlen den Mitgliedern unserer Arbeitsgruppe ausreichende Zahlen, um nach Kreisen aufgegliedert voraussehen zu können, wie sich in den Kreisen die Nachfrage nach Kindertagesstättenplätzen entwickeln wird.

Es scheint im Augenblick so etwas wie eine Vertrauenskrise zwischen den Trägern von Kindertagesstätten, Kommunen und Eltern und auf der anderen Seite der Landesregierung vorzuliegen.

Nur die forsche Umsetzung der Reformziele, Intensivierung der Bildungsansprüche und mehr Kooperation mit der Schule löst dieses Problem nicht.

Deshalb wäre es unseres Erachtens unter Einbeziehung sowohl der Träger der Kitas als auch der kommunalen Spitzenverbände und der Eltern wichtig und vertrauensbildend, zuerst einen tragfähigen Finanzierungskompromiss mit einem nachvollziehbaren und fairen Finanzierungsschlüssel für die Zuwendungen des Landes an die einzelnen Kreise zu

entwickeln, um dann durch einen gemeinsamen Diskussionsprozess die Umsetzung der Bildungsziele der Kitas zu erreichen. Die aktuelle Konfliktkonstellation ist gekennzeichnet durch vielfältige Blockaden, die letztlich auf dem Rücken der Kinder ausgetragen werden. Das darf und kann sich unser Land nicht leisten.

Im Augenblick befürchten viele Träger und Kommunen, dass der Spardruck des Landes für die Kinder vier weitere Jahre perspektivloser Mangelverwaltung und keinen Aufbruch zu mehr Bildung in den Kitas nach sich ziehen wird.

Auf keinen Fall darf mit diesem Gesetzesentwurf die Landesförderung an die Kreise einfach festgeschrieben werden. Der bisherige Verteilungsschlüssel im Finanzausgleichsgesetz ist ungerecht. Er berücksichtigt die durchschnittlichen Kinderbetreuungsplätze der Jahre 2000-2003 und soll jetzt festgeschrieben werden. Die Landesregierung will dies im Rahmen der Haushaltsberatungen beschließen. Eine Anhörung der Trägerverbände ist dabei nicht vorgesehen. Der Landesjugendhilfeausschuss lehnt dieses Vorgehen ab und fordert, dass die FAG Mittel zunächst für nur für 2006 festgeschrieben werden. Ein neuer qualitativer Verteilschlüssel muss unter Einbeziehung aller Akteure entwickelt werden. Der Landesjugendhilfeausschuss hatte dazu bereits seine konstruktive Mitarbeit angeboten. Es muss auch klargestellt werden, in welchem Umfang die zusätzlichen Sprachförderungsmittel auch tatsächlich in die Kitaarbeit einfließen. Wenn es nicht gelingt, eine tragfähige Einigung über diese Fragen herbeizuführen, wäre es sinnvoller, zunächst die Elternrechte gesetzlich abzusichern und den ersten Teil des Gesetzesentwurfes zu einem späteren Zeitpunkt nach Einigung mit den Trägern und Kommunen zu verabschieden.

Der LJHA befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, gibt Anregungen und macht Vorschläge für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Daneben berät er in Fragen der Jugendhilfeplanung sowie der Förderung der freien Jugendhilfe (§ 71 Sozialgesetzbuch [SGB VIII]). Dem LJHA gehören 15 stimmberechtigte Mitglieder aus Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, aus der Sozialarbeit, aus den kommunalen Spitzengremien, aus Justiz, Bildung und Kultur sowie weitere beratende Mitglieder aus den Fraktionen des Landtages, den Kirchen, dem dänischen Jugendverband und aus dem Kreis der ausländischen Bürgerinnen und Bürger an. Die 4. Amtsperiode des LJHA begann am 1. Juli 2004 und endet am 30. Juni 2008.

Kiel, 11. November 2005  
Jens Peter Jensen